

Thomas Lutz

## Thesen zur Gedenkstättenarbeit

I.

Nach der deutschen Einheit haben die Gedenkstätten für Opfer des NS-Regimes ein Jahrzehnt sehr positiver Entwicklung hinter sich: sie werden gesellschaftspolitisch wichtiger genommen, haben eine größere finanzielle Unterstützung erfahren, das Besucherinteresse ist quantitativ sehr angestiegen und sie werden in ihren Funktionen nicht nur als Orte des Gedenkens an die Menschen aus ganz Europa, die an den Orten ums Leben gekommen sind oder ermordet wurden, wahrgenommen, sondern als Institutionen, die in vielen kulturellen Bereichen, die mit der Auseinandersetzung mit Zeitgeschichte verbunden sind, etwas zu sagen haben.

II.

Die Besonderheit und große Stärke der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland ist es, dass es nicht eine Einrichtung gibt, die die Interpretation der NS-Verbrechen – eventuell sogar noch staatlichen politischen Vorgaben folgend – vorgibt.

Das Netzwerk der Gedenkstätten für NS-Opfer mit etwa 100 Einrichtungen sehr verschiedener inhaltlicher Ausgestaltung und institutioneller Größe schafft untereinander eine Situation der „solidarischen Konkurrenz“, die für eine Vielfalt im Umgang mit der Geschichte und eine Diskussion untereinander auf hohem Niveau steht.

Gerade die Existenz vieler kleiner Institutionen, die flächenmäßig über ganz Deutschland verteilt sind, hat dazu geführt, dass es eine weit verbreitete Kenntnis über die NS-Verbrechen und eine breite gesellschaftliche Ablehnung des Nationalsozialismus in Deutschland verankert ist.

III.

Die Rede von dem „Aussterben der Zeitzeugen“ ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Wenn man in dieser Kategorie denkt, muss man darauf hinweisen, dass wir die meisten „Zeitzeugen“ überhaupt nicht erlebt haben, da sie in der Nazi-Zeit ermordet wurden. Selbst wenn man nicht durch persönliche Bekannt- oder Freundschaften mit Überlebenden tief beeindruckt ist, was bei allen in dem Bereich Tätigen der Fall ist, und wenn die Personen, die in der NS-Zeit ermordet wurden, weder unsere jeweilige Religionszugehörigkeit, politische Meinung, soziale Stellung oder anderes Gruppenmerkmal aufweisen, die sie uns sympathisch machen, ist es notwendig, sich mit den NS-Verbrechen zu beschäftigen. Die Gefahr besteht, dass man die Ermordeten aus seinen heutigen Interessen heraus politisch instrumentalisiert.

Neben dem Gedenken an alle Opfergruppen ist daher vor allem die Auseinandersetzung mit der Frage, wie es zu den Verbrechen kommen konnte und wer dafür verantwortlich war für Heute und in Zukunft wichtig.

IV.

Mit dem fortschreitenden zeitlichen Abstand zu der NS-Zeit wird die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen schwieriger. Die Gedenkstätten für NS-Opfer berichten, dass das historische Wissen durchschnittlicher Jugendlicher stark abnimmt. Die Tradierung und Wissensvermittlung läuft verstärkt über zusammenhangslos, zunehmend emotionalisierte Geschichtenerzählungen.

Die Gedenkstätten werden daher immer wichtiger. Sie können anhand der Geschichtsspuren anschaulich vermitteln, wie die Geschichte sich am historischen

Ort zugetragen hat. Zeitzeugenberichte und Objekte von den Verfolgten, mit denen die Geschichte ausgestellt werden kann, liegen heute in viel größerer und besser aufbereiteter Form vor, als noch zu Beginn der „Gedenkstättenbewegung“ in den achtziger Jahren.

Gerade in einer zunehmend virtuelleren Welt kann am konkreten Beispiel in vielfältiger, multiperspektivischer Weise, die auch die unterschiedlichen Zugänge und Interessen der Besucher berücksichtigt, konkretes Geschichtslernen stattfinden.

V.

Die Gedenkstätten in Deutschland werden von der Zivilgesellschaft getragen. Gerade die Generation derjenigen, die die Gedenkstätten und –Initiativen aufgebaut hat, hat mit einem sehr hohen persönlichen Engagement diese Einrichtungen geschaffen. Die zunehmende Bedeutung der Orte und die zunehmenden Anforderungen, gerade an die Bildungsarbeit, bedingt, dass diese Orte besser als bisher ausgestattet werden müssen. Nur wenn die Gedenkstätten auf einer kontinuierlich gesicherten Basis tätig sein können, können sie diese wichtige Aufgabe der historisch-politischen Bildung und der Selbstvergewisserung der demokratischen Gesellschaft leisten.